https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/579

Gen-ethischer Informationsdienst

Kurz notiert: Landwirtschaft und Lebensmittel

AutorIn
GID-Redaktion

100 gentechnikfreie Regionen

Auf der Internationalen Grünen Woche, im Januar dieses Jahres in Berlin, haben die Verbände Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bioland und der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland (BUND) die Gründung der hunderdsten gentechnikfreien Region in Deutschland bekannt gegeben. Diese "Ehre" wird der gentechnikfreien Region in Frücht (Rheinland Pfalz) zuteil, in der sich acht Landwirte mit einer bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche von 562 Hektar zusammengeschlossen haben. Die VertreterInnen der Verbände, Annemarie Volling (AbL), Thomas Dosch (Bioland) und Heike Moldenhauer (BUND), verdeutlichten auf der Grünen Woche, dass der strikte gesetzliche Schutz für die gentechnikfreie Landwirtschaft von großer Bedeutung ist. Aber, so Annemarie Volling: "Wir Bäuerinnen und Bauern warten nicht auf ein verwässertes Gentechnik-Gesetz, mit dessen Segen die Industrie unsere Ernten systematisch verunreinigen darf". (PM AbL, Bioland, BUND v. 16.01.07, im Netz unter: www.bioland.de; weitere Informationen unter: www.gentechnikfreie-regionen.de) (pau)

Standards für Freisetzungversuche

In einer gemeinsamen Presseerklärung haben sich das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Deutsche Bauernverband (DBV) für eindeutige Regeln für den Ablauf von Freisetzungsversuchen mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ausgesprochen. Standards sollten sowohl auf die Transparenz als auch auf das Monitoring, das heißt die Beobachtung möglicher Einflüsse auf die Umwelt, angewendet werden. Zudem bekannten sich die Köpfe der beiden Organisationen, Hartmut Vogtmann vom BfN und Gerd Sonnleitner vom DBV, zu den Zielen einer zu entwickelnden guten fachlichen Praxis für den Anbau von GVO. Die wichtigsten Ziele seien die Gewährleistung des Nebeneinander von "landwirtschaftlichen Betrieben mit und ohne Anwendung von GVO" und der Schutz der biologischen Vielfalt. DBV und BfN trafen sich im Januar dieses Jahres anlässlich der Internationalen Grünen Woche zu ihren regelmäßigen Konsultationen.(PM BfN, 16.01.07, www.bfn.de) (pau)

BSE-resistente Rinder?

In einem Beitrag für das Fachmagazin Nature Biotechnology haben US-amerikanische ForscherInnen um Jürgen A. Richt berichtet, dass ihnen die Herstellung von Rindern gelungen sei, die keine Prionen-Proteine bilden. Körpereigene Varianten dieses Proteins werden im Verlauf der BSE-Erkrankung (Rinderwahnsinn) in eine krankhaft veränderte Form überführt. Bisher ist offen, welche Rolle die Proteine im Leben der Kühe

spielen. Anhand von 122 Vergleichsparametern haben die ForscherInnen die Rinder mit Prione mit denen ohne Prionen verglichen, ohne Hinweise für irgendeine Krankheit zu finden. Die Prionen-freien Rinder wurden in einem frühen Entwicklungsstadium einer Genmanipulation unterzogen, bei der das jeweilige Gen für das Prionen-Protein "gezielt zerstört" worden ist. Ohne Prionen kein BSE, dachten sich die Forscher und haben bisher recht behalten. (Nature Biotechnology, Januar 2007) (pau)

Weltweiter Gentech-Anbau laut ISAAA

Der alljährliche Bericht der Lobbygruppe ISAAA mit den Anbaustatistiken gentechnisch veränderter (gv) Kulturen wurde Mitte Januar veröffentlicht. Nach Angaben des Instituts stieg der kommerzielle GVO-Anbau im Jahr 2006 weltweit um 12 Millionen Hektar auf insgesamt 102 Millionen Hektar. Transgene Pflanzen wurden demnach in 22 Ländern von 10,3 Millionen Landwirten zu 90 Prozent Kleinbauern in Ländern des Südens - gepflanzt, was einer Steigerung in der Flächen von 13 Prozent entspräche. Angesichts dieser Zuchwachsraten wagt Institutsleiter Clive James die Prognose, dass bis zum Jahr 2015 mehr als 20 Millionen Landwirte 200 Millionen Hektar gv-Pflanzen in mehr als 40 Ländern anbauen werden. Die Kunde von dem weltweit unaufhaltsamen Siegeszug transgener Kulturen wird inzwischen in zehn Sprachen verbreitet. Und weil es weder andere Quellen mit soliden Daten zum weltweiten Anbau noch genaue Kenntnisse über die Anzahl der Anbauländer selbst gibt, werden die ISAAA-Zahlen von den Medien regelmäßig ungeprüft rezipiert. Argwohn ist angebracht, denn die Herkunft der Datenerhebungen bleibt grundsätzlich im Dunkeln. Gegen den Bericht spricht zum Beispiel, dass sich die Zuwachsraten in einigen der Länder bei genauerer Betrachtung als Phantom erweisen. Ob Rumänien, Südafrika oder Iran, überall wird großzügig aufgerundet. Nicht nachvollziehbar ist, dass erneut der Iran in der Liste der Länder mit kommerziellem Anbau auftaucht. Zwar sollen iranische Genforscher über eine transgene Bt-Reissorte verfügen. Doch wird die bislang offiziell nicht auf den Felder des Landes angebaut. (www.isaaa.org; www.transgen.de, Proposal on GM Rice Cultivation Rejected, Iran Daily, 02.11.06, im Netz unter: www.iran-daily.com) (usp)

Deutschland: Anbau von gv-Mais

Gentechnisch veränderter Mais wird in Deutschland in der Anbauperiode 2007 auf bis zu 3.700 Hektar ausgesät. Das geht aus den Daten des Standortregisters der Bundesregierung hervor. Dies wäre im Vergleich zu den Vorjahren eine deutliche Erhöhung, waren es doch zum Beispiel im Jahr 2006 gerade mal knapp 1.000 Hektar. Angebaut werden nur gentechnisch veränderte Maissorten, die eine Insektenresistenz gegen den Maiszünsler übertragen bekommen haben. Weitere Pflanzen mit anderen gentechnischen Veränderungen kommen in Freisetzungsversuchen auf die Felder (siehe dazu die Notizen "Gv-Weizen" und "Gv-Erbsen" in diesem Heft). Nach Bundesländern verteilt stellt sich die Lage wie folgt dar: Brandenburg liegt mit einer angemeldeten Fläche von mehr als 2.000 Hektar an der ersten Stelle. Es folgen Mecklenburg-Vorpommern (745 Hektar) und Sachsen mit 590 Hektar. Pikanterweise hatte der brandenburgische Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke im Verlauf einer Podiumsdiskussion anlässlich der Internationalen Grünen Woche in Berlin gesagt, der Anbau von gentechnisch verändertem Mais sei ein "Störfaktor für die Entwicklung Brandenburgs". Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist mit einer Reduzierung der Flächen im Register und beim tatsächlichen Anbau zu rechnen. Stimmen aus der Landwirtschaft sagen, die Bauern, die gentechnisch veränderte Organismen (GVO) einsetzen wollten, meldeten zunächst mehr Flächen an, um dann in der Zeit der Aussaat eine gewisse Flexibilität zu besitzen, zum Beispiel für den Fall, dass eine Fläche noch nicht durchgetrocknet sei. Im Standortregister müssen alle Anbauflächen, auf denen GVO ausgebracht werden sollen, bis spätestens drei Monate vor der geplanten Aussaat angemeldet sein; Freisetzungen können kurzfristig im Register eingetragen werden. Der Gentechnik-Konzern Monsanto rechnet mit gestiegenem Interesse. Landwirte, die in den vergangenen Jahren den gv-Mais angebaut hätten, seien zufrieden gewesen.(PM Monsanto, 16.01.07; www.gentechnikfreies-brandenburg.de, 23.01.07; Anbauregister der Bundesregierung, Stand: 10.02.07, im Netz unter: http://194.95.226.237/stareg_web/bundeslandStatis…) (pau)

NPD gentechnikfrei oder NPD-freie gfR?

Die gentechnkfreie Region (gfR) Nebel/Krakow (Mecklenburg Vorpommern) wird von einem Mitglied der NPD, dem Landwirt Helmut Ernst aus Koppelow, geführt. Dies ist ein herber Rückschlag für das Image der gfR und für die beteiligten Landwirte, denn nun sind viele Pressevertreter und Politiker nicht mehr bereit, Einladungen zu Pressekonferenzen oder dergleichen nachzukommen. "Wir sehen in der Gentechnik-Thematik einen großen Diskussionsbedarf (...), sind uns aber unter Demokraten auch einig, dass wir dazu keiner Einladung aus der NPD-Szene folgen werden", so Ute Schildt, agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Das Engagement der NPD in Bürgerinitiativen ist nicht neu, schon seit längerer Zeit hat der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommerns ähnliche Aktivitäten der Partei beobachten können, schreibt die Ostseezeitung mit Verweis auf den Verfassungsschutz. Die NPD versuche so über politische beziehungsweise soziale Missstände ihr Gedankengut einer breiten Masse nahe zu bringen. (www.svz.de, 06.02.07) (as)

Gendreck-weg! vor Gericht

Im Januar wurden die ersten Prozesse zu der Aktion "Gendreck-weg!" des Jahres 2006 geführt. Der Imker und Mit-Initiator von Gendreck Weg!, Michael Grolm, soll gerichtlich dazu gezwungen werden, in Zukunft einen Bogen um die Felder des Herrn Eickmann zu machen. Auf dessen Feld im brandenburgischen Badingen hatte im vergangenen Sommer eine Feldbefreiungsaktion stattgefunden. Zu einer entsprechenden Erklärung ist Grolm aber nicht bereit. Der Monsanto-Anwalt hatte während des Prozesses behauptet, es gebe keine Gefahren und eigentlich gar keine Unterschiede zwischen modernen Zuchtverfahren und gentechnischen Verfahren, was Grolm mit den Worten kommentierte: "Solche Aussagen unterstreichen, wie fahrlässig Monsanto mit den Risiken umgeht". Der Prozess wird fortgesetzt, da sich die Parteien nicht auf eine außergerichtliche Einigung verständigen konnten. Demgegenüber kam es in Zehdenick bei einer Verhandlung zur Verurteilung der FeldbefreierInnen wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung - sie müssen jeweils zehn Tagessätze von 14 bis 40 Euro bezahlen. Der Richter wollte der Argumentation nicht folgen, dass es sich bei der von der Gentechnik ausgehenden Gefahr um einen die Aktion rechtfertigenden Notstand handelte. Auch für 2007 hat die Initiative wieder Aktionen angekündigt. (PM Gendreck-weg!, 18.01.07, www.gendreck-weg.de) (pau)

USA: Freisetzungen zu lasch begutachtet

Anträge für Versuchsfreisetzungen von gentechnisch veränderten (gv) Pflanzen müssen in den USA vor ihrer Genehmigung genauer vom zuständigen Landwirtschaftsministerium begutachtet werden. Der Richter Henry H. Kennedy Jr. des Federal District Court hat in dem vorliegenden Fall einer beantragten Freisetzung von gv-Gräsern zum Ausdruck gebracht, dass das Ministerium den Antrag der Firma "Scotts Company" genauer hätte prüfen müssen, nachdem bekannt geworden war, dass sich der Pollen der Gräser einer Freisetzung im US-Bundesstaat Oregon bis zu zwölf Meilen weit verbreitet und mit konventionellen Pflanzen hybridisiert hatte. Nach Einschätzung von Joseph Mendelsohn von der US-Nichtregierungsorganisation "Center for Food Safety" (CFS) hat diese Entscheidung zur Folge, dass alle laufenden und zukünftigen Verfahren zur Genehmigung von Freisetzungsversuchen in den USA angehalten und genauer auf mögliche Umweltwirkungen untersucht werden müssen. (New York Times, 07.02.07; PM CFS, 06.02.07, www.centerforfoodsafety.org) (pau)

EU: Öko mit GVO?

Am 19. Dezember des vergangenen Jahres haben die EU-Agrarminister die Novellierung der europäischen Ökolandbauverordnung auf den Weg gebracht. In Bezug auf gentechnisch veränderte Organismen (GVO) wurde entschieden, dass der Grenzwert von 0,9 Prozent für die Verunreinigung mit gentechnisch verändertem Material auf Bioprodukte ebenso angewendet wird, wie es bereits seit 2004 für die

Verunreinigung von konventionellen Produkten der Fall ist. Die Wirtschaftsverbände des Ökolandbaus machten ihrerseits deutlich, dass seitens der Produzenten von Bioprodukten weiterhin die Verpflichtung gelte, auf den Einsatz von GVO zu verzichten. "Von der Gefahr, dass Produkte durch das Verschulden von GVO-Anbauern kontaminiert werden, sind konventionelle und ökologisch wirtschaftende Bauern jedoch gleichermaßen betroffen", so Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BöLW). Deshalb sei es konsequent, für alle ohne Gentechnik arbeitenden Betriebe die gleichen Kennzeichnungs-Grenzwerte vorzusehen. Grundsätzlich übte der BöLW heftige Kritik an dem Entwurf aus Brüssel, weil die Kennzeichnung von ökologisch hergestellten Produkten durch verschiedene Maßnahmen verwässert oder für den Verbraucher missverständlicher geregelt werde. Zum Beispiel seien die Bestimmungen für Importware aus Nicht-EU-Ländern nicht präzise genug oder die Verwendung des Begriffes "Bio" sei weniger klar geregelt, als dies bisher der Fall gewesen sei. Immerhin sei es den Bio-Verbänden gelungen, ihr Recht zu erhalten, nach höheren Standards arbeiten und dies auch gegenüber der Kundschaft kommunizieren zu können. (PM BöLW, 20.12.06, www.boelw.de) (pau)

Klonfleisch sicher

Die US-amerikanische Lebensmittelaufsichtsbehörde FDA (Food and Drug Administration) hat am 28. Dezember des vergangenen Jahres drei Dokumente zur Sicherheit der Verwendung von geklonten Tieren und ihren Nachkommen in der Lebensmittelverarbeitung veröffentlicht. Dies sind eine Risikobewertung, ein Risiko-Managementplan und eine Anleitung für die Lebensmittelindustrie. Nach Ansicht der Behörde sind "Milch und Fleisch von geklonten Tieren und deren Nachkommen so sicher, wie das Essen, was wir jeden Tag zu uns nehmen". Grundsätzlich bezieht die FDA ihre Ausführungen auf Klone von Rindern, Schweinen und Ziegen und deren jeweilige Nachkommen. Als Produkte werden das Fleisch und gegebenenfalls die Milch der Tiere genannt. Schafe, ihr Fleisch und ihre Milch sind explizit ausgenommen, da es - nach Ansicht der FDA - nicht genügend Daten zur Bestimmung einer Unbedenklichkeit gibt. Ebenso werden Hühner und andere Geflügel-Arten, das heißt deren Fleisch und Eier, nicht von der Risikobewertung abgedeckt, da bei ihnen das Klonen noch nicht gelungen sei. Die Behörde betont, dass es nicht ihre Aufgabe sei, über die Wünsche der VerbraucherInnen oder ethische Aspekte zu entscheiden, sie können nur naturwissenschaftliche Aspekte berücksichtigen. Eine spezielle Kennzeichnung der Produkte sieht die Behörde in ihren Vorschlägen nicht vor. Die drei Entwürfe können bis Ende März kommentiert werden, das Verfahren bis zur endgültigen Verabschiedung der Dokumente könne sich aber bis zum Ende dieses Jahres hinziehen, sagte ein Behörden-Vertreter gegenüber der New York Times. Aktuell unterliegen die betreffenden Produkte einem Vermarktungs-Moratorium, das von der Lebensmittelindustrie befolgt werde, um der FDA Zeit für die Begutachtung des Sachverhaltes zu geben. (PM FDA, 28.12.06, www.fda.gov; Neew York Times, 29.12.06, www.nytimes.com) (pau)

Bt10-Kontrollen aufgehoben

Die Europäische Kommission hat die besonderen Kontrollen auf nicht-genehmigte gentechnisch veränderte Organismem (GVO) für Maisimporte aus den USA am 17. Januar dieses Jahres aufgehoben. Maislieferungen aus den USA hatten der Regelung entsprechend als "frei vom GVO Bt10" zertifiziert werden müssen. Dies war im April 2005 nach dem Auftauchen von mit transgenem Bt10-Mais in Lieferungen eingeführt worden, weil diese gentechnische Veränderung in der EU keine Zulassung besitzt. Mittlerweile habe der Biotech-Konzern Syngenta aus der Schweiz Maßnahmen ergriffen, die das Vorhandensein von Bt10 in der Warenkette verhindern. Die Mitgliedsstaaten der EU müssen aber weiterhin Zufallskontrollen auf diese gentechnische Veränderung hin durchführen. (Standing Committee on the Food Chain der EU-Kommission) (pau)

USA: Gv-Zuckerrüben ins Brot

Die Vize-Präsidentin der US-amerikanischen Bäcker-Vereinigung, Lee Sanders, hat laut Medienberichten erst Ende Dezember erfahren, dass die US-Zuckerrüben-Farmer vorhaben, gentechnisch veränderte (gv) Pflanzen einzusetzen. Die im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen um den Einsatz von gv-Weizen eher geringe Aufmerksamkeit, die der Entwicklung entgegengebracht wurde und wird, hängt dem Vernehmen nach mit der Geschlossenheit der Zuckerrüben-Anbauer zusammen. Zudem sei die Pflanze nicht derart bedeutend, wie dies beim Weizen der Fall ist. 1,4 Millionen Morgen (gut 500.000 Hektar) stehen gut 60 Millionen Morgen (etwa 24 Millionen Hektar) gegenüber. Ein weiteres Argument sei, so Duane Grant von den Gentech-Zuckerrüben-Landwirten, dass die Verarbeitungs- und Vermarktungswerke und -firmen den Landwirten selbst gehören. (Capital Press, USA, 26.01.07, capitalpress.info, zitiert nach GENET-news, im netz unter: www.genet-info.org) (pau)

Perfekter Kaffee

Nach Ansicht von WissenschaftlerInnen aus Frankreich und Brasilien ist der Weg zur perfekten Tasse Kaffee nicht mehr weit. Fünf Jahre währende Forschungen haben zur Identifikation von Genen geführt, die in der Aromabildung Schlüsselpositionen einnehmen. Dabei scheint die Anreicherung von Sukrose in den Bohnen eine zentrale Rolle zu spielen. Die WissenschaftlerInnen der französischen Forschungsinstitution CIRAD (Centre de coopération internationale en recherche agronomique pour le développement - Zentrum für internationale Kooperation bei der Agrarforschung für Entwicklung) und dem Landwirtschaftlichen Institut des brasilianischen Bundesstaates Paraná wollen nun versuchen, den Sukrosegehalt gentechnisch zu manipulieren, um die Qualität des Kaffees zu verbessern. Sie gehen davon aus, dass die Verbesserung der Qualität wesentlich sein wird für die Verbesserung der Einnahmesituation in der Branche, die nach dem Verfall des Kaffeepreises in den vergangenen Jahren unter Einnahmeverlusten leidet. Dies könne sowohl den Kaffee-Pflanzern als auch den Kaffee-Firmen helfen. Erstere verdienen derzeit weniger als vor zwanzig Jahren. (www.foodnavigator.com, zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org) (pau)

Monsanto: kein Genmais in Hessen

Der Saatgutkonzern Monsanto verzichtet vorerst auf den umstrittenen Anbau von Genmais in Nordhessen. Ursprünglich hatte die Firma in Niedermöllrich bei Wabern auf einem dreizehn Hektar großen Versuchsfeld einen etwa 2.500 Quadratmeter großen Versuchsanbau geplant. Eine gegen den Maiszünsler und den Maiswurzelbohrer resistente Genmaissorte sollte dort getestet werden. Aufgrund des beginnenden Landtagswahlkampfes seien jedoch die Eigentümer der Flächen "massiv unter Druck gesetzt" worden. Monsanto halte aber am Standort Niedermöllrich für zukünftige Forschungsversuche fest. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) wertete den Rückzug als einen sehr erfreulichen Tag für die Bewegung, die sich bundesweit für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung einsetzt. (Handelsblatt online, 31.01.07, www.handelsblatt.com; PM Monsanto, 31.01.07, www.monsanto.de; PM AbL-PM 31.01.07)

Österreichs Genmais-Verbot bleibt bestehen

Alle Mitgliedsstaaten der EU bis auf Schweden, Großbritannien, Tschechien und die Niederlande haben sich hinter die österreichischen Verbote von Monsantos gentechnisch verändertem (gv) Mais MON810 sowie des von Bayer hergestelltten gv-Mais T25 gestellt. T25 ist bisher nicht auf dem europäischen Markt. Auch Deutschland, dass bis vor kurzem noch als Wackelkandidat galt, schloss sich der Mehrheit an. Der Fall ist nicht ohne internationale Brisanz. Denn das jetzt von den Ministern bestätigte nationale Verbot eines EU-weit zugelassenen Gentechnik-Konstruktes wurde unlängst von einem Gericht der Welthandelsorganisation (WTO) als Verstoß gegen die WTO-Regeln verurteilt. Dass sich die Minister jetzt mit solch klarer Mehrheit gegen den anderslautenden Kommisonsvorschlag stellten, wird auch als ein deutliches Zeichen dafür gewertet, dass die Mitgliedsstaaten den Verzicht der EU Kommision, gegen das WTO-Urteil Einspruch einzulegen, nicht befürworten. Es scheint nun möglich, dass die Kommission den Minister-Rat vor dem

Europäischen Gerichtshof auf Einhaltung seiner WTO-Verpflichtungen verklagt.(www.taz.de/blogs/saveourseeds; www.greenviews.eu) (aj)

Auto fahren oder essen?

Der Energiehunger in Europa könnte dazu führen, dass in Ländern des Südens zukünftig immer weniger Nahrung zur Verfügung stehen wird. Davor warnt eine Allianz von fünf zivilgesellschaftlichen Netzwerken aus Lateinamerika, die sich in einem offenen Brief an das Europäische Parlament, die EU-Kommission und die Bevölkerung Europas wendet. Weil angesichts des Klimawandels die Politik immer stärker auf den Einsatz von Biokraftstoffen setzt, befürchten sie, dass dies auf Kosten landwirtschaftlicher Flächen ihrer Länder gehen wird, die bisher der Nahrungsversorgung dienen. Während die Europäer ihren auf den PKW fixierten Lebensstil beibehielten, der wesentlich das Klima mit anheizt, wären in ihren Ländern zunehmend weniger Flächen für die Erzeugung von Nahrung verfügbar. Es sei unwahrscheinlich, dass Europa sich aus eigener Produktion mit Biosprit versorgen könne, meinen die Organisationen. Deswegen vermuten sie, dass zukünftig die aufwändigen Konsum-Muster Europas durch Soja, Zuckerrohr und Ölpalme gesichert werden sollen. Die Flächenkonkurrenz mit Biokraftstoff werde aber dazu führen, dass bei ihnen die Ernährungssouveränität verloren ginge. Als wichtigster Rohstoff für Biodiesel sei die Sojabohne vorgesehen, die in Südamerikas schon heute größtenteils gentechnisch verändert ist, und Brasilien plane transgenes Zuckerrohr ab 2010 zu vermarkten, erklären die Organisationen. Doch bereits jetzt habe der Sojaanbau weite Teile der Urwälder in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Bolivien zerstört. Der indigenen Gemeinschaft der Enawene Nawe im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso sei beispielsweise die Hälfte ihres Territoriums durch die Rodungen genommen worden und ihre Kinder litten unter Mangelernährung. "Die Sojabohnen rotten uns aus." Für das Problem des Klimawandels sei der Norden verantwortlich. Lösungen dafür dürften nicht dazu führen, dass in ihren Regionen neue Probleme geschaffen würden. In Deutschland warnen Ernährungsindustrie und Verbraucherschützer davor, dass Lebensmittel sich durch die Flächenkonkurrenz mit nachwachsenden Rohstoffen verteuern können. (Offener Brief der lateinamerikanischen Allianz: www.biofuelwatch.org.uk; www.stltoday.com, 30.08.06; Frankfurter Rundschau, 18.01.07) (usp)

Brasilien: Bayer-Mais

Erfolg hatten brasilianische Organisationen mit ihrer Klage gegen die rasche Genehmigung des herbizidresistenten Liberty-Link-Mais von Bayer für den kommerziellen Anbau. Anfang Dezember 2006 entschied das Gericht im Bundesstaat Paraná, dass der Genehmigungsprozess durch die Nationale Biosicherheitskommission CTNBio ausgesetzt wird, "bis die Bundesregierung sich dazu äußert". Die Menschenrechtsorganisation Terra de Direitos, der Beratungsdienst für alternative Landwirtschaft AS-PTA und das Verbraucherschutzinstitut IDEC hatten sich bei ihrer Klage auf das Grundgesetz berufen, nach dem den BürgerInnen des Landes das Recht auf Beteiligung an Entscheidungen zusteht, die sie direkt betreffen können. Die klageführenden Organisationen vertreten den Standpunkt, dass dies auf Fragen der Biosicherheit zutrifft. Innerhalb der CTNBio herrsche jedoch eine Strömung vor, die sich transparenten Beteiligungsprozessen entziehe. Deshalb habe man vor Gericht gehen müssen, erklären sie. Denn im Hinblick auf den transgenen Maisanbau gebe es eine Reihe offener Fragen, die auch von Wissenschaftlern außerhalb der Sicherheitskommission und ebenso von der Zivilgesellschaft diskutiert werden müssten. Inzwischen hat die Kommission den Termin für die Anhörung auf den 20. März festgelegt. Interessierte BürgerInnen können sich dazu anmelden. Die Genehmigung zur kommerziellen Nutzung des Mais wäre laut AS-PTA die erste in Brasilien seit der Schaffung der Biosicherheitskommission CTNBio im November 2005. (Campaign for a GM-Free Brazil, 06.12.06; Por um Brasil livre de transgênicos, Nr. 332, 09.02.07) (usp)

Gv-Weizen in Gatersleben

Der Verein zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg (VERN) hat Klage gegen den Freisetzungsversuch mit gentechnisch verändertem (gv) Weizen in Gatersleben erhoben. Die Klagebegründung ist noch nicht abgegeben worden, zunächst kann der Verein nun Akteneinsicht nehmen. VERN arbeitet seit zehn Jahren am Schutz von genetischen Ressourcen von Pflanzen und bekommt regelmäßig Saatgut aus Gatersleben, wo einer der bedeutensten Genbanken Europas angesiedelt ist. Auf dem Gelände des Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) Gatersleben soll auch die Freisetzung mit dem gv-Weizen stattfinden.(Siehe dazu auch den Artikel "Gatersleben: Genbank und GVO an ein"in diesem Heft) (Herbert Lohner, Vorstand VERN, persönl. Kommunikation, 12.02.07) (pau)

Gv-Erbsen in Gatersleben

Am Standort des Leibnitz-Institutes für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) will die Biotech-Firma Novoplant gentechnisch veränderte Erbsen freisetzen. Die gv-Erbsen sollen ein Schweine-Durchfall-Medikament produzieren. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat noch nicht über den Antrag entschieden. Das Umweltinstitut in München hat dazu aufgerufen, Einwendungen gegen die Genehmigung der Freisetzung zu schreiben. Nähere Informationen unter: www.umweltinstut.org. (www.bvl-berlin.de >>> Freisetzungen und Inverkehrbringen >>> Freisetzungsliste >>> 6786-01-0182)(pau)

Mexiko: Mais-Preis

In Mexiko hat sich der Preis für Tortillas in den vergangenen sechs Wochen mehr als verdoppelt. Dies ist eine Folge des gestiegenen Weltmarktpreises für Mais, aus dem Grundnahrungsmittel Tortillas hauptsächlich besteht. Der Preis für eine Tonne Mais ist seit Januar 2006 von 100 auf 250 US-Dollar gestiegen. Diese Preisexplosion wird unter anderem mit dem Bedarf an Mais als nachwachsender Rohstoff gewertet, der unter anderem in den USA stark nachgefragt wird.(Berliner Zeitung, 12.02.07) (pau)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 180 vom Januar 2007
Seite 19 - 22